

Kongress von „déi Lénk“ im Düdelinger Gewerkschaftsheim

Wege aus der Krise und aus dem System

Robert Schneider

„Déi Lénk“ traf sich gestern zu ihrem Kongress im Düdelinger Gewerkschaftsheim. Sie feierte bei dieser Gelegenheit ihr gutes Resultat bei den Gemeindewahlen; machte aber auch unmissverständlich klar, dass sie eine neue Gesellschaftsform will. Der Kapitalismus befinde sich in einer „großen“ Krise.

Die politischen Interventionen von Tun Jost, David Wagner und Serge Urbany, Abgeordneter der Partei, ließen kein gutes Haar an der aktuellen Luxemburger Politik, die von Brüssel aus in einem neoliberalen Sinne ferngesteuert sei.

So prophezeite Tun Jost eine Rede zur Lage der Nation des Staatsministers, die von Schwarzmalerei geprägt werde. Ziel dieser Einschüchterung der Bevölkerung sei es, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und Sozialstandards einzuführen, die ins 19. Jahrhundert passen.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit im Lande steige ungebremst und die Regierung scheine in dieser Frage resigniert zu haben.

Auch was die Industriepolitik betreffe, so rede die Regierung zwar oft und viel vom Logistikzentrum. Derweil baue ArcelorMittal aber in einem Tempo Arbeitsplätze ab, das selbst die kühnsten Prognosen zur Schaffung von Jobs in dem



David Wagner forderte vehement einen gesellschaftlichen Wandel

Logistik-Bereich übertreffe.

Auch in der Wohnungspolitik sei die Situation dramatisch: Obwohl entsprechende Gesetze vorliegen, fehlt es immer noch an ausreichendem, bezahlbarem Wohnraum, so „déi Lénk“, die in diesem Zusammenhang auch Kritik an den Kommunen üben, die in diesem Bereich nicht mitziehen.

Zum Verkehrschaos liege nun zwar eine neue Studie vor; gebesert habe sich in diesem Bereich in den letzten Jahren allerdings nichts. Das gleiche gelte bei der

Regionalpolitik. Hier sei eine Konkurrenzpolitik zwischen den verschiedenen Zentren festgestellt worden. Stattdessen sollte die Großregion als gemeinsamer Wirtschaftsraum genutzt werden. Dies bringe mehr.

Die Atomenergie werde in den Augen der Regierung offensichtlich wieder gesellschaftsfähig, hieß es gestern weiter. Die Regierung mache in diesem Zusammenhang alles mit, was Mittel fordere. Auch umweltpolitisch stehe Luxemburg nicht gut da: Immerhin riskiert das Land

eine europäische Strafe, da Luxemburg es nicht fertigbringe, seine Gewässer anständig zu klären.

Soziale Offensive

Der Kongress stand unter dem Motto „Sozial an d'Offensiv“. Dies gelte es umzusetzen, hieß es weiter. Der Kapitalismus stecke in einer historischen Krise. Der aktuelle Umverteilungskampf, der in ganz Europa tobt, müsse gewonnen werden, so die Lin-

ken, die mit Mut und Revolte aus der Krise und aus dem System wollen.

Dieser Kampf werde auf europäischer Ebene geführt. Die Partei arbeite in diesem Sinne mit Schwesterparteien im Rahmen der „gauche européenne“ zusammen.

Renten

In den kommenden Wochen und Monaten will die Linke sich vehement gegen die Rentenreform einsetzen. Diese sei nicht notwendig und unsocial.

Die Tatsache, dass mehr als 80 Prozent der Unternehmen keine Steuern zahlen, stört „déi Lénk“ ebenso wie die Tatsache, dass es im Parlament kaum Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Regierung gebe.

All diese Aspekte wurden vom Kongress in den Resolutionen festgehalten, die im Lauf des Kongresses verabschiedet wurden.

Die Partei sprach sich auch für den Erhalt der Stahlindustrie in Luxemburg aus und verabschiedete eine weitere Resolution zur Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger.

Auch gab es vom Kongress Unterstützung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Rahmen ihres Gehälterabkommens.

Am Rande des Düdelinger Kongresses wurde André Hoffmann geehrt, der seinen Platz in der Abgeordnetenkammer statutenkonform Serge Urbany überlassen hatte.

Gut besuchte Informationsversammlung

Wütende Busfahrer wollen mehr Freizeit

Die Busfahrer, die im Rahmen des RGTR für private Unternehmen fahren haben es satt. Dies drückten sie gestern auf einer gemeinsamen Versammlung von OGBL und LCGB im Helmdinger Kulturzentrum aus.

Es sind nicht einmal Lohnforderungen, die der zentrale Punkt des Protestes waren, so OGBL-Sekretär Romain Daubenfeld uns gegenüber. Vielmehr wollen die Fahrer mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, bzw. mehr

Freizeit nutzen können. Etwa 350 Fahrer waren am Sonntagmorgen gekommen. Insgesamt arbeiten in dem Sektor (AVL, TICE und CFL ausgenommen) etwa 1.500 Menschen.

Zurzeit haken die Verhandlungen zu einem neuen Kollektivvertrag. Nach der gestrigen Sitzung wollen die Fahrer nun ein letztes Mal mit den Arbeitgebern zusammenkommen, ehe sie sich erneut mit dem Schlichter treffen wollen. Sie gaben den Gewerkschaften gestern das Mandat, gegebenenfalls auf das

Streikrecht zurückzugreifen, sollten die Arbeitgeber nicht einlenken.

Ihr Hauptanliegen ist die Abschaffung allzu langer Amplituden, wie sie zurzeit gelten. Die Fahrer wollen keine Amplituden bis 14 Stunden mehr akzeptieren. Eine weitere Forderung ist die Bezahlung eines 13. Monatsgehältes und hier wollen die Busfahrer sich nicht mit angebotenen 20 Prozent eines Monatslohns abspesen lassen. Wenigstens 50 Prozent müssten da schon drin sein, hieß es. r.s.

Ligne haute tension Sotel

Les riverains français se mobilisent



Les enfants sont aussi concernés

Des représentants de „Greenpeace Luxembourg“ et de l'association française „Empreinte positive“ ont présenté hier matin une pétition contre la construction de la ligne haute tension de la société Sotel, laquelle devrait connecter le réseau français au réseau luxembourgeois pour importer de l'électricité nucléaire, afin d'alimenter les aciéries électriques d'ArcelorMittal et éventuellement le réseau public de Creos.

Cette ligne haute tension de 2 x 225 kV devra passer à moins de 30 mètres d'habitations à Rédange (France) et à Belvaux.

Les auteurs de la pétition sont d'avis que l'information du public pour ce projet et la prise en considération de son avis ont été totalement défailtantes en ce qui concerne les habitants de la commune de Rédange et que la partie

luxembourgeoise du tracé qui longe la frontière franco-luxembourgeoise sur plusieurs kilomètres n'a pas été soumise à concertation des pouvoirs publics mosellans.

Ils regrettent l'absence de transparence du porteur de projet luxembourgeois vis-à-vis des autorités et du public français qui nuit gravement au principe d'intérêt public ainsi que l'exposition des riverains frontaliers rédangeois n'a pas fait l'objet d'études sanitaires.

Dans la pétition, qui sera soumise pour signature aux habitants de Rédange et remise aux autorités françaises et luxembourgeoises, les auteurs exigent qu'une étude d'impact sanitaire et environnemental indépendante ainsi qu'une enquête publique soient réalisées.



Etwa 350 Fahrer nahmen an der Versammlung teil